

11.03.2026

Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 26.03.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Zwischeninformation zum Ersuchen der BVV, Ds-Nr. 2927IX aus der 50. BVV vom 20.11.2025, Barrierefreiheit im Sozialamt verbessern

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Dem Ersuchen der BVV wird gefolgt:

Das Bezirksamt nimmt das Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung zur Verbesserung der Barrierefreiheit im Sozialamt mit Sorgfalt zur Kenntnis und unterstreicht die Bedeutung der barrierefreien Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger (ebenso auch eigene Dienstkräfte).

Die im Ersuchen geforderte Maßnahme zur Gewährleistung eines ungehinderten Durchgangs für mobilitätseingeschränkte Menschen wurde bereits intern abgestimmt und erfolgreich umgesetzt. Demnach kann sichergestellt werden, dass die breiteren Türflügel dauerhaft geöffnet bleiben, sofern es sich dabei nicht um Brand- oder Rauchschutztüren handelt. Diese organisatorische Anpassung trägt dem in der Begründung der Drucksache 2927/IX formulierten Ziel Rechnung, mit geringem Aufwand eine wesentliche Verbesserung der Zugänglichkeit zu erreichen.

Es muss jedoch betont werden, dass Brand- oder Rauchschutztüren von der dauerhaften Offenhaltung ausgenommen bleiben. Diese Türen sind aufgrund ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsfunktion – dem Schutz von Leben und Gesundheit im Brandfall – gekennzeichnet und dürfen gemäß den geltenden Brandschutzvorschriften des Landes Berlin nicht dauerhaft geöffnet gehalten werden.

Eine zulässige, dauerhafte Offenhaltung dieser sicherheitsrelevanten Türen wäre ausschließlich durch den Einbau einer bauaufsichtlich zugelassenen Feststellanlage zu realisieren, welche im Brandfall ein automatisches Schließen gewährleistet. Diese notwendige technische Investition würde jedoch den im Ersuchen formulierten Rahmen

des „geringen Aufwands“ überschreiten und ist somit gesondert zu betrachten.

Die umfassende Prüfung und Beseitigung aller baulichen Hindernisse ist bereits Teil der Investitionsplanung für die ohnehin vorgesehene Gesamtanierung des Objekts Riesaer Straße 94. Dahingehende Maßnahmen sind aufgenommen, müssen jedoch finanziell untersetzt werden, um die weiteren Planungsschritte vornehmen zu können.

Nadja Zivkovic
Bezirksbürgermeisterin

Stefan Bley
Bezirksstadtrat für Schule, Sport,
Weiterbildung, Kultur und Facility
Management